

Niederschrift

über die 19. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 05.06.2025 um 16:30 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------------	-----------------------

stell. Vorsitz

Herr Kevin Schneider	CDU
----------------------	-----

Ratsmitglieder

Herr Ramon Kimmel	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Frau Sandra Wiemers	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Frau Hannah Hammer	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter	SPD
Herr Jan Volkenstein	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Luca Gerbl	FDP
Frau Prof. Dr. Barbara Haupt	AfD
Herr Franz-Josef Verhalen	fraktionslos

Beiräte

Herr Udo Marschall	Seniorenbeirat
Frau Sabine Anna Roth	Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Frau Souledeep Duggal	Stadt Hilden
Frau Hadil Farhat	Stadt Hilden
Frau Lara Desiré Müller	Stadt Hilden
Herr Peter Palitza	Stadt Hilden
Herr Torsten Rekindt	Stadt Hilden
Frau Vivien Richter	Stadt Hilden
Herr Uwe Schielke	Stadt Hilden
Frau Geri Schwenger	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Ortsbesichtigung Zentraler Bauhof zur Elektro-Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Erfahrungsbericht zur Gründung der BürgerSolarBeratungs-Gruppe | WP 20-25 SV
IV/036 |
| 3 | Aussprache zur Ortsbesichtigung | |
| 4 | Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand Mai 2025 | WP 20-25 SV
26/072 |
| 5 | Anregung nach § 24 GO vom 04.12.2024: Antrag zur Stärkung der Prävention und Information der Bevölkerung bei Starkregenereignissen | WP 20-25 SV
66/126 |
| 6 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 25.06.2024: Grünschnitt-Container | WP 20-25 SV
68/052 |
| 7 | Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen v. 27.08.2025; Strombilanzkreismodell | WP 20-25 SV
26/073 |
| 8 | Sachstandsbericht städtisches Stadtbaumkonzept | WP 20-25 SV
66/130 |
| 9 | Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen der Stadt Hilden: Bericht 2025 | WP 20-25 SV
IV/035 |
| 10 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 11 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Ortsbesichtigung: 16:30 Uhr; Treffpunkt: Zentraler Bauhof- Elektro-Infrastruktur-

Die Sitzung im Bürgersaal beginnt um 17:30 Uhr.

Im Anschluss an die Eröffnung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Ortsbesichtigung Zentraler Bauhof zur Elektro-Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich Frau Claudia Roth für den BUND - Ortsgruppe Hilden. Sie erkundigte sich, was die Stadt zur Sicherung der Bäume unternehme, und wies darauf hin, dass der BUND aktuell 13 Bäume vermisste. Sie betonte, dass ältere Bäume einen größeren Nutzen hätten als jüngere, und stellte infrage, ob es sinnvoll sei, laut Stadtbaumkonzept der Mittelstraße Priorität einzuräumen.

Seitens der Verwaltung wurde von Herrn Stuhlträger erläutert, dass an einigen Standorten zum Beispiel wegen Versorgungsleitungen keine neuen Bäume gepflanzt werden konnten. Es besteht Einigkeit darüber, dass Bestandsbäume besonders wertvoll sind und vorrangig erhalten werden. Gefällt wird nur im Notfall. Ersatzpflanzungen erfolgen an anderer Stelle. Hinsichtlich der Priorität wurde erklärt, dass jeder Baumstandort einzeln bewertet wird. Aus diesem Grund wurde auch eine zusätzliche halbe Personalstelle und damit eine Vollzeitstelle für einen Baumbegeher sowie eine weitere halbe Stelle für Frau Richter geschaffen.

In einer Zusatzfrage merkte Frau Roth an, dass im Stadtbaumkonzept Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz für Bäume fehlten. Sie wies darauf hin, dass Bäume laut Satzung entfernt werden könnten, wenn sie näher als vier Meter an Gebäuden stünden, und fragte nach dem Zeitrahmen zur Umsetzung des Stadtbaumkonzepts sowie den konkreten Prioritäten

Herr Stuhlträger antwortete, dass zum aktuellen Zeitpunkt lediglich ein Zwischenbericht vorliege. Konkrete Prioritäten könnten erst festgelegt werden, wenn das Stadtbaumkonzept fertiggestellt ist.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Erfahrungsbericht zur Gründung der BürgerSolarBeratungs-Gruppe

WP 20-25 SV IV/036

Herr Andreas Hall stellte anhand der als Anlage beigefügten Folien die BürgerSolarBeratungs-Gruppe Hilden (BSB) vor. Die BSB berät ehrenamtlich, unabhängig und kostenfrei private Hauseigentümern zur Installation von Photovoltaikanlagen. Seit Gründung wurden etwa 200 Beratungen durchgeführt.

Die Sitzung wurde um 17:40 Uhr aufgrund eines Probefeueralarms unterbrochen und um 17:55 Uhr fortgesetzt.

Frau Bauer (SPD) fragte, ob das Interesse an der Beratung aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage zurückgegangen sei und wie viele Beratungen zur Umsetzung führten.

Herr Hall antwortete, dass das Interesse im letzten Jahr zurückgegangen sei, was aus seiner Sicht auf Unsicherheiten bezüglich politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zurückzuführen sei. Viele der Beratungen würden derzeit noch von Interessierten genutzt, die zunächst abwägen, ob sich eine Investition lohnt, da zwar die Preise für Anlagen sinken, die Rahmenbedingungen aber durch Faktoren wie einen Regierungswechsel unsicher bleiben.

Frau Roth (Behindertenbeirat) erkundigte sich, ob auch Menschen mit Behinderung beraten worden seien. Herr Hall erklärte, dass keine gesonderten Erhebungen hierzu vorliegen, die Beratung aber inklusiv gestaltet sei und individuelle Bedarfe berücksichtigt würden.

Frau Roth merkte hinsichtlich der Inklusionsrelevanz an, dass die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung in den Beratungen Beachtung fanden und dies in der Sitzungsvorlage darzustellen sei.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nahm die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

3 Aussprache zur Ortsbesichtigung

Keine.

4 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand Mai 2025

WP 20-25 SV 26/072

Frau Spielmann-Locks (BA) fragte nach, wie viele Fahrzeuge im städtischen Fuhrpark mit HVO 100 betankt werden könnten und ob es Fahrzeuge gebe, bei denen die Nutzung untersagt sei.

Herr Rekindt erläuterte, dass derzeit rund 140 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte im Fuhrpark erfasst

seien, überwiegend dieselbetrieben. Benzinbetriebene Fahrzeuge seien nicht mehr vorhanden. Alle Fahrzeuge dürften mit HVO 100 betankt werden.

Frau Roth (Behindertenbeirat) merkte an, dass die Belange von Menschen mit Behinderung in den aufgeführten Maßnahmen berücksichtigt werden sollten. Sie verwies darauf, dass in einer Vorlage möglicherweise irrtümlich von „Klimarelevanz“ statt „Inklusionsrelevanz“ die Rede sei.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nahm die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5	Anregung nach § 24 GO vom 04.12.2024: Antrag zur Stärkung der Prävention und Information der Bevölkerung bei Starkregenereignissen	WP 20-25 SV 66/126
---	--	--------------------

Die Antragsteller waren anwesend, verzichteten jedoch auf eine Erläuterung des Antrags.

Herr Toska (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass viele im Antrag genannte Punkte bereits umgesetzt oder in Bearbeitung seien. Er merkte an, dass die Starkregenkarte für Laien schwer verständlich sei und deshalb aus Sicht seiner Fraktion dem Punkt 2 des Antrags zugestimmt werden könne.

Frau Spielmann-Locks (BA) betonte die hohe Priorität des Themas und hob hervor, dass umfassende Beratungsangebote durch die Stadt oder den Kreis notwendig seien. Sie stellte fest, dass im Antrag viele bereits vorhandene Maßnahmen aufgeführt seien, wenn auch nicht immer zur vollen Zufriedenheit. Die BA werde sich aufgrund der allgemeinen Formulierung des Antrags enthalten.

Frau Roth (Behindertenbeirat) wies darauf hin, dass die Belange von Menschen mit Behinderung in den einzelnen Maßnahmen berücksichtigt werden sollten.

Herr Stuhlträger erläuterte, dass die Vorlage älteren Datums sei und die Inklusionsrelevanz daher noch nicht vollständig berücksichtigt werde. Er berichtete über eine bereits durchgeführte Online-Informationsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW und der Klimaschutzbeauftragten, an der rund 30 Personen teilgenommen hätten. Die Verwaltung strebe an, solche Beratungsangebote weiterhin anzubieten, auch wenn das Interesse schwanke und die personellen Ressourcen begrenzt seien. Eine konkrete Objektplanung zum Hochwasserschutz sei jedoch Privatsache. Die Verwaltung stehe trotzdem hier für eine erste Beratung bereit. Zudem erläuterte er, dass die Starkregenkarte im Geoportal mit einer verständlichen Legende und verschiedenen Szenarien nach seiner Bewertung bereits gut zugänglich sei.

Herr Toska regte ergänzend an, ein Erklärvideo bereitzustellen. Herr Eisenblätter (SPD) bestätigte dagegen die Sicht der Verwaltung zur guten Verständlichkeit der Karte.

Der Ausschuss beschloss, die Punkte 1, 3 und 4 zusammen sowie Punkt 2 getrennt abzustimmen.

Antragstext für den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:

1. Präventionsmaßnahmen stärken:

Die Stadt Hilden möge ein umfassendes Informations- und Präventionskonzept entwickeln, das Bürgerinnen und Bürgern konkrete Hinweise zur Eigenvorsorge und zum Verhalten bei Starkregenereignissen gibt.

Konkret schlagen wir vor:

1. Erstellung und Verteilung eines Flyers oder Informationshefts, das folgende Themen abdeckt:

Maßnahmen zur Sicherung von Haus und Eigentum (z. B. Rückstauklappen, Schutz von Kellerräumen).

Verhaltenshinweise für den Ernstfall.

- Einrichtung einer leicht auffindbaren Unterseite auf der städtischen Website, auf der Informationen zu Hochwassergefahren, Eigenvorsorge und Notfallmaßnahmen bereitgestellt werden.

2. Bekanntmachung der Hochwasserkarte:

Die Hochwasserkarte, die bereits erwähnt wurde, sollte der Bevölkerung aktiv zugänglich gemacht und erklärt werden. Dazu gehören auch Hinweise darauf, wie Bürger diese Informationen nutzen können.

3. Sensibilisierung durch Veranstaltungen:

Organisation von Informationsveranstaltungen oder Workshops, bei denen Bürgerinnen und Bürger über Risiken und Schutzmaßnahmen informiert werden.

4. Einbindung von Expertinnen und Experten:

Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann, dem Deutschen Wetterdienst und anderen relevanten Institutionen, um fundierte und aktuelle Informationen bereitzustellen.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz verwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Abstimmungsergebnis:

Punkte 1, 3 und 4: einstimmig abgelehnt, 14 Gegenstimmen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von BA

Punkt 2: Mehrheitlich abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen CDU, SPD, FDP und AfD gegen 3 Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei 1 Enthaltung von BA

6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 25.06.2024:
Grünschnitt-Container

WP 20-25 SV 68/052

Herr Toska (Bündnis90/ Die Grünen) stellt dar, dass viel positive Rückmeldung auf die Einführung von Sammelplätzen für Grünschnittentsorgung in Nachbarstädten wie Solingen einging.

Diese Sammelplätze sollen im Herbst oder Frühjahr testweise 14-tägig zusätzlich vom Bauhof in Hilden Nord, Süd, West und Ost für jeweils eine Stunde angeboten werden. Als Standorte werden Kalstert, Karnaper Straße und Niedenstraße vorgeschlagen. Ziel sei es, den Andrang am Bauhof während der Hauptsaison zu reduzieren. Herr Toska merkte an, dass in Nachbarstädten nur wenige PKWs an diesen Sammelstellen anfahren und so auch keine weiteren Müllfahrzeuge oder Container benötigt werden würden.

Frau Wiemers (CDU) stimmt der Ansicht der Verwaltung zu und lehnt diesen Antrag mit der Begründung ab, dass der entstehende Aufwand im Verhältnis zum Nutzen zu hoch sei.

Frau Hammer (SPD) lehnt den Antrag der Grünen ebenfalls mit der Begründung ab, dass unbewachte Container das Risiko von unerwünschter Müllablagerung erhöhen und eine unnötige Verschmutzung zu Folge haben könnten. Zudem sei eine Stunde Bereitstellung nicht ausreichend. Bürger könnten stattdessen den Bauhof nutzen oder eine zusätzliche Grünschnitttonne beantragen.

Herr Gerbel (FDP) lehnt den Antrag ebenfalls mit der Begründung ab, dass er der Ansicht der Verwaltung folge und solch ein Sammelplatz den Parkdruck weiter erhöhen würde.

Frau Spielmann-Locks (BA) folgt ebenfalls der Verwaltung und lehnt den Antrag ab.

Änderungsantrag:

Daraufhin, änderten die Grünen Ihren Antrag und beantragten lediglich, testweise einen Sammelplatz an einer Stelle zu errichten und so zunächst zu beobachten, wie dieses Vorhaben bei der Bevölkerung ankommt.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Mehrheitlich abgelehnt mit 12 Nein-Stimmen von CDU, SPD, FDP, AfD, BA gegen 3 Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Toska (Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass der Verwaltungsaufwand und daraus resultierend die Wirtschaftlichkeit des Modells schwer einzuschätzen seien. Er sehe eine mögliche Umsetzung insbesondere bei kleineren Gebäuden als sinnvoll an. Zudem fragte er nach dem Auslauf der aktuellen Photovoltaik-Verträge. Herr Toska bat darum, das Angebot aus der Sitzungsvorlage mit der Neuen Energie Hilden (NEH) im Rahmen einer „Kleinstudie“ anzunehmen und passte den Antrag seiner Fraktion entsprechend an.

Herr Stuhlträger berichtete, dass drei Anlagen seit 2012 mit einer Laufzeit von 20 Jahren an eine externe Firma verpachtet seien. Die Stadt partizipiere daran, da ein Teil des erzeugten Stroms im städtischen Gebäude verbraucht werde. Die Grünen hatten vorgeschlagen, das Modell stadtkonzernweit umzusetzen. Dies sei jedoch nicht möglich, da die Abrechnung jeweils auf Ebene der juristischen Person erfolgen müsse, da unterschiedliche Steuernummern vorlägen.

Neben den Verwaltungskosten stelle vor allem die Abrechnung über die Strombörse Leipzig und die damit verbundenen Maklerkosten einen erheblichen Aufwand dar, da der Strom dort verkauft und wieder zurückgekauft werden müsste. Nach Angaben von der NEH entstünden hierdurch Kosten von rund 50.000 Euro, die mit dem Modell nicht gedeckt werden könnten.

Herr Palitza ergänzte, dass die NEH eine Kurzstudie extern vergeben könnte, dies aber bereits mit zusätzlichen Kosten verbunden sei.

Änderungsantrag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzt ihren Antrag um folgenden Satz: Die NEH wird gebeten, eine Kurzstudie zur konkreten Quantifizierung der möglichen positiven Effekte sowie der entstehenden Kosten zur Bewirtschaftung eines eigenen Bilanzkreises bei einem geeigneten Dienstleister in Auftrag zu geben.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Mehrheitlich abgelehnt bei 12 Nein-Stimmen CDU, SPD, FDP und AfD und 3 Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen

Frau Richter aus dem Sachgebiet Grünflächen stellt sich als neu für den Bereich Stadtbaumkonzept eingestellte Mitarbeiterin vor.

Frau Richter ist aktuell diesbezüglich in der Datenerhebung und Grundlagenermittlung. Sie hat sich bereits 700 Standorte angesehen. Zunächst wurde von ihr die Fußgängerzone, dann die Standorte der neuen Klimabäume und jetzt die Hauptstraßen unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien wie, z.B. Standorterhalt, Verlegung, Sanierung u.a. betrachtet.

Bis das Stadtbaumkonzept etabliert und wirtschaftlich ist, ist ein Zeitraum von 5 bis 10 Jahren angesetzt. Ziel ist es dann auch die Standorte mit klimaresistenten Baumarten zu füllen. Frau Richter plant ab dem Sommer 2025 mit der Auswertung der Ergebnisse der erfassten Bäume zu beginnen.

Frau Spielmann-Locks (BA) erkundigte sich, was mit großen gesunden Bäumen geschieht, unter denen Leitungen verlaufen, wie beispielsweise an der Hochdahler Straße. Frau Richter erläuterte, dass Wurzeln Wasser- oder Gasleitungen beschädigen können, weshalb die Verkehrssicherheit beachtet werden müsse. Herr Stuhlträger erläuterte ergänzend, dass die Stadt grundsätzlich keine Bäume fällt, weil Leitungen unter diesen verlaufen. Eine Baumfällung erfolgt ausschließlich, wenn Eigentümer von betroffenen Leitungen Beschwerden einreichen und Wurzeln nachweislich Schäden verursachen, beispielsweise durch Eindringen in Kellerräume. Ohne einen solchen Nachweis wird keine Baumfällung vorgenommen.

Frau Spielmann-Locks (BA), ist der Ansicht, dass eine umfangreichere Kommunikation erfolgen sollte, wenn Bäume gefällt werden. So sei am Hagelkreuz ein Baum entfernt worden und dort sei jetzt nur noch eine kahle Stelle. Die Fällung des Baumes am Hagelkreuz, solle nach ihrer Kenntnis erfolgt sein, damit es genug Platz für zwei entgegenkommende Kinderwagen gibt. Herr Stuhlträger erläutert, dass genau dieser Baum ein gutes Beispiel für eine umfangreiche Kommunikation sei, die auch die Fraktion der BA begleitet hat. Der Standort sei intensiv geprüft worden und nach Abwägung aller Faktoren musste die Fällung erfolgen. Die Verwaltung versuche bei ihrer Abwägung immer objektiv zu sein und verfolge das Ziel, möglichst alle Bäume zu erhalten.

Frau Roth gibt folgenden Vorschlag zur Formulierung der Inklusionsrelevanz in der Sitzungsvorlage zu Protokoll:

Das Stadtbaumkonzept trägt in mehreren Bereichen zur inklusiven Stadtgestaltung bei. Ziel ist es, den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass er für alle Menschen gut nutzbar ist – unabhängig von Alter, Mobilität oder gesundheitlichen Einschränkungen. Bei der Sanierung und Neuanlage von Baumstandorten wird darauf geachtet, dass Barrieren möglichst vermieden werden. Vor allem bei der Gestaltung von Baumscheiben und angrenzenden Gehwegbereichen spielt die Barrierefreiheit eine wichtige Rolle. Un-

ebenheiten, hervorstehende Wurzeln oder lose Pflasterungen können gerade für Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Sehbehinderungen schnell zu einem Sicherheitsrisiko werden. Hier soll durch fachgerechte Planung und Ausführung Abhilfe geschaffen werden.

Beschlussvorschlag: Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nahm Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.

Herr Bartel (Bündnis90/ Die Grünen) bedauerte, dass angesichts der Abhängigkeit vom Haushalt aktuell keine belastbare Perspektive für neue Maßnahmen erkennbar sei. Zum 01.07.2025 beginne zudem die neu eingestellte Energiemanagerin im Amt für Gebäudewirtschaft. Mit ihrer Arbeitsaufnahme sei hoffentlich eine systematische Betrachtung der städtischen Gebäude zu erwarten.

Frau Spielmann-Locks (BA) fragte nach, ob der Gärtnerhof inzwischen bezogen worden sei. Herr Rekindt (Verwaltung) bestätigte, dass der Einzug in dieser Woche erfolgt sei.

Frau Roth (Behindertenbeirat) betonte, dass der Behindertenbeirat auch künftig in Klimaschutzmaßnahmen eingebunden werden wolle. Die Inklusionsrelevanz der einzelnen Maßnahmen wurde und wird in den Sitzungsvorlagen zu dem jeweiligen Projekt erläutert.

Herr Gerbl (FDP) befürwortete die Maßnahme D.011 ausdrücklich und erkundigte sich, ob bereits eine Kostenschätzung für ein zu beauftragendes Ingenieurbüro vorliege.

Herr Schielke erklärte, dass ein entsprechender Förderantrag in Höhe von rund 149.000 Euro gestellt worden sei.

Herr Stuhlträger ergänzte, dass das Konzept stadtweit alle Verkehrsflächen in den Blick nehmen, sich jedoch in der Umsetzung nur auf eine konkret noch zu definierende Fläche bezieht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:

Folgende 14 Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen werden im Rahmen der zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen erarbeitet bzw. fortgeführt:

- A.005 Kommunale Wärmeplanung
- B.003 Umstellung Fahrzeugpark auf möglichst emissionsarme Antriebstechniken
- B.023 Beschaffung vollelektrischer Fahrzeuge bei Ersatzbeschaffungen der Abfallbeseitigung
- C.001 Sicherung und Entwicklung Stadtwald
- D.002 Anlage / Erweiterung landschaftsgerechter Regenrückhaltebecken
- D.011 Entsiegelung von öffentlichen Verkehrsflächen
- E.019 Überprüfung der Potentiale zur Installation von Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden
- E.024 Einführung Energiemanagementsystem
- F.016 Erarbeitung einer THG-Bilanz auf Basis der Erhebungen des Kreises Mettmann

- G.005 Entwicklung und Durchführung von Veranstaltungen zur Stärkung der Wahrnehmung der Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in der Öffentlichkeit
- G.006 Schaffung einer zentralen Informationsplattform zu Klimaschutz- und Klimaanpassungsthemen in Hilden
- G.007 Kampagne zur Information und Bewerbung zum Thema Dach-/Fassadenbegrünung, Entsiegelung, Begrünung
- G.010 Energiewende-Kampagne zur Steigerung des PV-Ausbaus
- G.011 Aufsuchende Energieberatung über die „Energiekarawane“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit 14 Ja-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BA bei 1 Enthaltung von AfD

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Frau Spielmann-Locks (BA) fragte nach dem Stand der geplanten Sanierung des Giebels am Schulgebäude Augustastraße 29, die ursprünglich für 2024 vorgesehen war. Herr Stuhlträger erläuterte, dass sich im Planungsverlauf gezeigt habe, dass für die Maßnahme eine vollständige Fassadeneinrüstung erforderlich sei, was den ursprünglich geschätzten Aufwand deutlich übersteige. Von den angefragten Dachdeckern wurde bestätigt, dass derzeit kein akuter Handlungsbedarf bestehe. Die Maßnahme werde nun im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau an der Augustastraße zum Neubau der Mensa mitgedacht. Eine Antragstellung auf Fördermittel sowie die Ausschreibung dieser Baumaßnahme sei für 2026 vorgesehen. Eine Umsetzung könne frühestens ab 2027 erfolgen. Das Projekt befinde sich derzeit in der Vorentwurfsplanung.

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

/ Datum
Vorsitzender

Peter Palitza / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter